

TOP:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lfd.Nr. 421/2015 KT

Antrag zur Kreistagsitzung am 29.05.2015

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Finanzierung der Fertigstellung der A 49"

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf lehnt eine Finanzierung der Fertigstellung der A 49 durch eine sog. öffentlich-private Partnerschaft ab und fordert sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Hessen auf, ebenfalls von einer solchen vom Bundesrechnungshof als tendenziell kostenerhöhend eingestuften Finanzierung Abstand zu nehmen.

Begründung:

Der Bundesrechnungshof hat letztes Jahr in einem Gutachten für den Haushaltsausschuss des Bundestages nachgewiesen, dass Bau und Sanierung von Straßen und Brücken in öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) die Allgemeinheit über Gebühr belasten. So hatte das Bundesverkehrsministerium bspw. für die Sanierung der A1 eine ÖPP aufgrund einer Kostenersparnis von 40 Prozent durchgesetzt. Nun hat der Bundesrechnungshof eine 28 prozentige Verteuerung gegenüber einer konventionellen Realisierung festgestellt und warnt davor, ungeprüft ÖPP bei öffentlichen Maßnahmen zu verlangen. Darauf titelte u.a. das Handelsblatt: Privater Autobahnbau lohnt nicht!

Dies sind keine Einzelbeispiele nur bei Bundesstraßen. Es gibt immer wieder Negativbeispiele bei ÖPP-Projekten, auch in Hessen etwa bei der Schulsanierung im Landkreis Offenbach: Anstelle der veranschlagten 52,1 Millionen Euro im Jahr stieg die Belastung des Kreishaushaltes um fast 60%.

Und es ist nicht so, dass der Mittelstand sich über ÖPP-Projekte im Straßenbau freuen würde. Das Hessische Baugewerbe lehnt sie rundweg ab und stellt fest, dass die Absicht volkswirtschaftlich unrentabel sei und gleichzeitig eine Bedrohung des gesunden deutschen Mittelstandes darstelle. ÖPP verlagere Kosten für dringende Investitionen in die Zukunft - und sei dann meist teurer.

gez.: Sandra Laaz

gez.: Michael Meinel
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen